

Niederschrift

über die Sitzung am Montag, 20.02.2017,
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Paul Lensing Borken

Mitglieder:

Robert Brandt	Gronau	
Heidi Buskase	Gronau	Vertretung für Frau Lindenhahn
Dietmar Eisele	Ahaus	
Markus Jasper	Heek	bis 18:10 Uhr (TOP 1)
Wolfgang Klein	Ahaus	
Ludger Konrad	Stadtlohn	bis 18:10 Uhr (TOP 1)
Dr. Heinrich Render	Ahaus	
Theo Sanders	Bocholt	
Norbert Schulenkorf	Gescher	
Ralph Thiemann	Bocholt	
Marco van den Berg	Bocholt	bis 18:44 Uhr (TOP 8)
Wolfgang Warschewski	Raesfeld	
Carsten Wendler	Velen	
Tobias Zobel	Reken	

Es fehlen:

Arno Berning Raesfeld
Volker Jürgen Himmel Gronau

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues
Dr. Hermann Paßlick
Dr. Gerswid Altenhoff-Weber
Peter Sonntag
Karl-Peter Theis
Michael Weitzell
Christian Abbing
Eva-Maria Höing
Bernhard Sieverding
Olaf Sobek

Gäste:

Dr.-Ing. Timo Barwisch plan:mobil
Harald Bandt ZVM Bus

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Lensing eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Herr Zobel bittet darum, die Sitzungstermine an einem festen Wochentag festzulegen, da es bei wechselnden Tagen immer wieder zu beruflichen Terminproblemen komme. Dr. Paßlick erklärt, dass die Fachausschuss-Sitzungen grundsätzlich an einem festen Wochentag stattfinden sollten, es aber im zeitlich engen Rahmen der Haushaltsberatungen nicht immer möglich sei und er hier um Verständnis bitte.

Als Nachfolger des verstorbenen Herrn Johann Vering wird Herr Wolfgang Warschewski vom Vorsitzenden Lensing als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen verpflichtet.

Vorsitzender Lensing erklärt, dass Frau Lindenhahn krankheitsbedingt an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne. Sie habe gebeten, den von ihr verfassten Antrag zum Tagesordnungspunkt 4 auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Er stellt Einvernehmen fest, dass die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 nicht behandelt werden, sondern auf die Sitzung am 04.04.2017 verschoben werden.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Sachstandsbericht zur Nahverkehrsplanung - Vortrag von Dr.-Ing. Timo Barwisch, plan:mobil**

Herr Dr.-Ing. Barwisch von „plan:mobil“ erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation (**s. Anlage 1 der Niederschrift**) die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Kreis Borken. Das Verkehrsverhalten und die Mobilität würden sich in einem Wandel befinden. Dieser Umstand stelle neue Herausforderungen an den Nahverkehrsplan. Daher sei es Aufgabe eine hohe Mobilität auch ohne Verfügbarkeit eines eigenen Kraftfahrzeuges durch die Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsangebote garantieren zu können. Gerade in Bereichen schwacher Nachfrage sei die Entwicklung ergänzender Mobilitätsangebote sowie die Verbindung derer zu den übrigen ÖPNV-Verkehrsmitteln notwendig.

Herr Zobel merkt an, ihm fehle bei der Nahverkehrsplanung eine Verbindung von Reken nach Velen zum Ärztehaus bzw. ins Zentrum. Herr Dr.-Ing. Barwisch erwidert, er stufe diese Strecke momentan nicht als klassische ÖPNV-Verbindung ein. Es könne über alternative Mobilitätsformen und/oder ein ÖPNV-Angebot an ausgewählten Tagen nachgedacht werden. Herr Dr. Paßlick bedankt sich für den Hinweis der fehlenden Verbindung und bekräftigt, diese Verbindung durch „plan:mobil“ betrachten zu lassen.

Herr Eisele spricht sich für einen Austausch mit den niederländischen Nachbarn bezüglich einer verbesserten Anbindung an die Niederlande aus. Herr Dr. Paßlick antwortet, ein enger Austausch mit den niederländischen Vertretern hierzu bestehe bereits. Es werde momentan geprüft welche Möglichkeiten für eine verbesserte grenzüberschreitende Verbindung ergriffen werden können.

Die Ausführungen zur Nahverkehrsplanung werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Beratung des Haushaltsentwurfs 2017 für das Budget 09 - Geoinformation und Liegenschaftskataster
Vorlage: 0032/2017/KREIS

Herr Theis erläutert kurz die wesentlichen Änderungen im Budget 09 und erklärt, dass nach konsequentem Personalabbau der letzten sieben Jahre nun ein Bestand erreicht sei, der nicht weiter reduziert werden könne.

Beschluss: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2017, bezogen auf das Budget 09 – Geoinformation und Liegenschaftskataster, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2017 zu verabschieden.

Punkt 3: Beratung des Haushaltsentwurfs 2017 für das Produkt 11.03.04 - Wirtschaft, Regionalentwicklung, EU-Angelegenheiten, Statistik
Vorlage: 0033/2017/KREIS

Herr Weitzell erklärt auf Nachfrage von Herrn Warschewski, dass die neue Stelle im Bereich der Kreisentwicklung/Tourismusförderung in Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eingerichtet werden solle, um zukünftig insbesondere eine stärkere Koordination und Umsetzungsbegleitung von touristischen Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich der Regionalentwicklung zu gewährleisten. Dabei sollten lokale Touristiker bei übergreifenden Tourismusaktivitäten und –fragen unterstützt werden, zudem Anliegen gebündelt an den Münsterland e.V. herangetragen werden. Insofern nehme der Kreis eine Funktion als Bindeglied zwischen der lokalen Ebene und dem Münsterland e.V. ein.

Beschluss: einstimmig bei 3 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2017, bezogen auf das Produkt 11.03.04 – Wirtschaft, Regionalentwicklung, EU-Angelegenheiten, Statistik, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2017 zu verabschieden.

Punkt 4: Beratung des Haushaltsentwurfs 2017 für das Budget 07 - Verkehr
Vorlage: 0034/2017/KREIS

Frau Dr. Altenhoff-Weber erläutert die wesentlichen Bestandteile des Budgets 07 und geht auf die besonderen Schwerpunkte der einzelnen Produkte ein.

Herr Brandt möchte wissen, ob das Kraffahrt-Bundesamt bereits die zu hoch abgerechneten KBA-Gebühren erstattet habe. Frau Dr. Altenhoff-Weber führt aus, der Antrag auf Gebührenerstattung der Kreisverwaltung würde dem Kraffahrt-Bundesamt bereits vorliegen. Die Bearbeitung durch das KBA verzögere sich aufgrund der Vielzahl der gestellten Erstattungsanträge.

Beschluss: einstimmig bei zwei Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2017, bezogen auf das Budget 07 – Verkehr, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2017 zu verabschieden.

Punkt 5: Straßenbericht 2017 und Hochbauprogramm 2017 mit Energiebericht
Vorlage: 0035/2017/KREIS

Herr Sonntag führt aus, dass sowohl Straßenbericht wie auch Hochbauprogramm von der Verwaltung auf Grundlage der aktuellen Kenntnisse über die notwendigen und finanzierbaren Maßnahmen erstellt würden. Wegen jüngst aufgelegter Förderprogramme („Gute Schule 2020“ und Kommunalinvestitionsfördergesetz - KInvFöG) werde in 2017 etwa zur Jahresmitte eine Erweiterung der Baumaßnahmen im Hochbau vorgenommen, die dann dem Ausschuss vorgelegt werde.

Beschluss: einstimmig ohne Enthaltung

Dem Straßenbericht 2017 und dem Hochbauprogramm 2017 mit Energiebericht wird zugestimmt.

Der Kreis Borken stellt für den Neubau von Kreisstraßen Eigenmittel bereit, soweit er durch Mittel für Grundsanierungen aus der GVFG/Entflechtungsgesetzförderung Haushaltsentlastungen erfährt. Voraussetzung für den Einsatz von Eigenmitteln ist, dass die Ortskommune sich mit mindestens 50 % an den maßgeblichen Kosten für Grunderwerb, Planung und Bau beteiligt. Eigene Planungsleistungen und die Bauleitung durch den Kreis Borken sind hiervon ausgenommen.

Werden seitens der Kommunen mehr Neubaumaßnahmen zur Mitfinanzierung angemeldet als Mittel zur Verfügung stehen, erfolgt die Kreisbeteiligung in der Reihenfolge der Baureife der beantragten Neubaumaßnahmen.

Eine Förderung von Neubaumaßnahmen durch Kreismittel findet nicht statt, wenn und soweit im Bedarfszeitraum Fördermittel Dritter gezahlt werden können.

Punkt 6: Beratung des Haushaltsentwurfs 2017 für das Budget 12 - Straßen, Gebäude und Grünflächen
Vorlage: 0036/2017/KREIS

Herr Grothues verweist auf die Eigentumsübertragung der beiden Berufskollegs in Bocholt auf den Kreis Borken, wodurch sich die von der Gebäudewirtschaft des Kreises betreute Fläche um rund 20% vergrößere. Diese Aufgabenerweiterung mache es notwendig, eine zusätzliche Stelle in der Gebäudewirtschaft einzurichten.

Beschluss: einstimmig ohne Enthaltung

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2017, bezogen auf das Budget 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2017 zu verabschieden.

**Punkt 7: Übernahme der Berufskollegs Bocholt am Wasserturm und Bocholt-West sowie der Sporthalle Werther Straße durch den Kreis Borken
Vorlage: 0315/2016**

Beschluss: einstimmig ohne Enthaltung

1. Der Kreis Borken übernimmt von der Stadt Bocholt nach Ablauf der Mindestlaufzeit der bestehenden Mietverträge die Schulgebäude des Berufskollegs am Wasserturm und des Berufskollegs Bocholt-West erbbaurechtlich in Höhe von 1 € mit einer Laufzeit von 30 Jahren mit Verlängerungsregelungen für den Fall der weiteren Nutzung für schulische und berufliche Bildung.
2. In das Erbbaurecht wird auch die bislang gegen Hallennutzungsentgelt in Anspruch genommene Sporthalle an der Werther Straße eingeschlossen.
3. Für den Fall, dass die Gebäude vom Kreis Borken nicht mehr für Aufgaben der beruflichen und schulischen Bildung benötigt werden, ist grundsätzlich der kostenfreie Heimfall vorgesehen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Verträge mit der Stadt Bocholt abzuschließen.

**Punkt 8: Antrag auf Sachstandsbericht zu Grünflächen des Kreises Borken und auf Prüfung, inwieweit diese Flächen zur Verbesserung der Biodiversität zur Verfügung gestellt werden können;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 28.01.2017
Vorlage: 0030/2017/KREIS**

Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt Herr Sonntag zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages aus, dass seit drei Jahren durch den Bauhof des Kreises Borken an geeigneten Stellen eine Wildblumen-Saatmischung eingesetzt werde. Insbesondere seien so die Innenflächen mehrerer Kreisverkehre, die Flächen entlang der Lärmschutzwand an der K 24 in Stadtlohn sowie Flächen in den Außenanlagen des Kreishauses bepflanzt worden. Hierbei käme allerdings immer ein einjähriges Saatgut zur Anwendung. Eigene Erfahrungen mit mehrjährigen Saatgutmischungen bestünden derzeit noch nicht. Zwar sei in Absprache mit einer Interessensgemeinschaft aus Vreden beabsichtigt gewesen, Testflächen im Kreisverkehr an der K 16 sowie im Bereich der Bushaltestelle „Kotts“ im Zuge der K 18 mit mehrjährigen Saatgütern anzulegen. Diese Maßnahme musste aber krankheitsbedingt auf das Jahr 2017 verschoben werden.

Eine Verwendung von Wildblumen-Saatmischungen entlang der Kreisstraßen erscheine hingegen problematisch. Mehrjährige Saatgutmischungen könnten wegen der aus Verkehrssicherungsgründen notwendigen Mahd der Seitenstreifen nicht dauerhaft erhalten werden. Die Verwendung einjährigen Saatguts würde mit einem Euro je Quadratmeter im Jahr zu unverträglich hohen Kosten führen.

Herr Eisele bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Sonntag und betont noch einmal, wie wichtig es für die Erhaltung der Artenvielfalt sei, in möglichst vielen Bereichen die Vegetation naturnah zu belassen. Er anerkennt die Bemühungen des Kreisbetriebs zu diesem Thema und hält die Ausführungen zu den Straßenrandstreifen für nachvollziehbar. Allgemein solle das Thema der Biodiversität weiter im Umweltausschuss verfolgt werden.

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. Paßlick informiert, es liege eine Anregung gem. § 21 KrO des **Bürgerbusvereins Gronau und Epe e.V.** vom 17.12.2016 zur **finanziellen Unterstützung** vor. Der erste Vorsitzende des Bürgerbusvereins regt in seinem Antrag die Kostenübernahme der arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen der Fahrerinnen und Fahrer sowie für die Überschreibung der neuen Führerscheinkarten an. Bislang sei es ihm zu Folge üblich, dass diese Kosten vom Bürgerbusverein oder den Mitgliedern auf freiwilliger Basis beglichen würden. Andere Kreise, wie der Kreis Steinfurt, würden diese Kosten bereits tragen.

Erst auf telefonischen Hinweis, dass diese Kosten immer über die Organisationspauschale des Landes bzw. durch die Stadt Gronau ausgeglichen würden, erklärte der 1. Vorsitzende, er wolle eine finanzielle Unterstützung für die Städte und Gemeinden anregen, auf deren Gebiet Bürgerbusvereine betrieben würden.

Frau Dr. Altenhoff-Weber teilt mit, die ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrer würden zur Ausübung ihres Ehrenamtes eine Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung benötigen. Diese habe eine Geltungsdauer von 5 Jahren. Voraussetzung hierfür sei u.a. der EU-Führerschein der Klasse B (24,00 €), die Gesundheitsuntersuchung „G 25“ (ab 50,00 €) sowie das Führungszeugnis (wird nicht in Rechnung gestellt). Die Gesundheitsuntersuchung müsse ab dem 65. Lebensjahr jährlich erfolgen. Bei der Annahme von rund 30 Fahrerinnen und Fahrern pro Bürgerbusverein würden jährlich ca. 1.500,00 € Kosten für den Bürgerbusverein anfallen.

Die Finanzierung eines Bürgerbusvereins fußt auf folgendes Drei-Säulen-Modell:

- Der Verein stellt den Fahrbetrieb sicher und soll nicht auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen sein.
- Das Land zahlt dem Verein eine Organisationspauschale von 5.000,00 €. Diese soll u.a. für die ärztlichen Untersuchungen, Schulungen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Verwaltungs- und Sachkosten eingesetzt werden. Die Zahlung steht unter dem Haushaltsvorbehalt.
- Die jeweilige Kommune des Bürgerbusvereins hat als Bedingung zur Zahlung der Organisationspauschale die aus dem Betrieb resultierenden Defizite zu übernehmen.

Herr Dr. Paßlick erklärt, das vom Land NRW vorgesehene Finanzierungsmodell der Bürgerbusvereine habe sich im Kreis Borken bislang bewährt. Ein Anlass für eine weitergehende Unterstützung der Städte und Gemeinden werde nicht gesehen, zumal das Land beabsichtigen würde, die Organisationspauschale zeitnah um 1.000,00 € pro Jahr anzuheben.

Das derzeitige Finanzierungsmodell würde der seit Jahrzehnten einvernehmlich im Kreis Borken gelebten Praxis, nach der Städte und Gemeinden ihren Ortsverkehr selbstständig planen, gestalten und auch finanzieren, entsprechen. Dementsprechend werde eine Sitzungsvorlage für den kommenden Kreisausschuss gefertigt, diesem Antrag nicht zu folgen.

Punkt 10: Anfragen

Herr Eisele bittet um Sachstandsmitteilung über die blauen **Wildwarnreflektoren** an Kreisstraßen. Herr Abbing führt aus, dass es in den letzten Monaten weitere Anfragen von Jagdpächtern und Hegeringen gegeben habe, die Reflektoren an Kreisstraßenabschnitten montieren zu dürfen. Er sagt zu, eine aktualisierte Straßenkarte mit den markierten Abschnitten zur Niederschrift zu geben (**siehe Anlage 2**).

Herr Warschewski weist daraufhin, Schülerinnen und Schüler aus Borken, die länger als sechs Stunden Unterricht haben, müssten durch ihre Eltern abgeholt werden, da nach dieser Zeit kein **Schülerverkehr in Borken** mehr stattfinden würde.

Herr Dr. Paßlick berichtet, die Stadt Borken sei für den Schülerverkehr zuständig. Der geschilderte Sachverhalt werde an die Stadt Borken weitergegeben.

Anmerkung:

Die Stadtverwaltung Borken teilte mit, dass seit Sommer 2016 der Schülerspezialverkehr zur 1. Unterrichtsstunde sowie nach der 6., 7. und 8. Unterrichtsstunde angeboten werde. Ausfälle seien nicht bekannt. Die jeweiligen Fahrpläne zu den einzelnen Schulen sind unter folgendem Link einsehbar:

<http://www.borken.de/de/stadtleben/kultur-und-bildung/bildungseinrichtungen/schulen/taedt-schulfahrplaene.html>

Vorsitzender Lensing schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Lensing
Vorsitzender

Sobek
Schriftführung

Höing